

Unsere Anträge für die Landtagssitzung April 2021

www.linksfraktionmv.de



Entschlossen für den Erhalt der Majorel-Callcenter in Schwerin, Stralsund und Neubrandenburg - [Drucksache 7/5971](#)

Nachdem die Bertelsmann-Tochter Arvato – jetzt Majorel – Millionen an Förderung eingestrichen und jahrelang Gewinne gescheffelt hat, zieht die Niedriglohn-Karawane nun weiter. 1000 Beschäftigte und ihre Familien sowie die Kommunen und Regionen sind die Leidtragenden. Von unternehmerischer Gesellschafts- oder Sozialverantwortung keine Spur.

Aussprache: Ohne sie geht nichts -auch Reinigungskräfte sind systemrelevant

Ob in Krankenhäusern, Schulen, Kitas, Behörden oder privaten Unternehmen – 600.000 Gebäudereiniger sorgen bundesweit dafür, dass alles sauber ist. In der Pandemie bedeutet das mehr Arbeit unter zusätzlichen Anstrengungen. Doch als systemrelevant gelten sie nicht – besonders für Familien mit Kleinkindern ist das schwer. Nicht nur Beifall, sondern mehr Anerkennung auch für diese Berufsgruppe ist nötig!

Mecklenburg-Vorpommern für Steuergerechtigkeit - [Drucksache 7/5942](#)

In Deutschland sind Steuerbelastungen weiterhin ungerecht verteilt. Private Vermögen verteilen sich immer ungerechter und große Vermögen sowie große Erbschaften werden im OECD-Vergleich unterdurchschnittlich besteuert. Dagegen werden mittlere und insbesondere kleine Einkommen übermäßig belastet.

Künstlerinnen und Künstler unterstützen -Perspektiven für Vor- und Nachlässe finden - [Drucksache 7/5940](#)

M-V ist der Lebensmittelpunkt vieler Künstlerinnen und Künstler. Sie schaffen in ihrem Leben oft ein umfangreiches Werk, das eine fachkundige Begutachtung verlangt, um es erhalten zu können. Selbst wenn sich eigeninitiativ schon zu Lebzeiten um das künstlerische Vermächtnis gekümmert wird, sind viele Kreative von der Aufgabe des Sichtens, Katalogisierens und Archivierens überfordert, das gilt in noch stärkerem Maß für die Angehörigen in

Bezug auf die Nachlassverwaltung. Es wäre daher dringend angezeigt, dass sich das Parlament in Form einer Expertenrunde fachlichen Rat holt, um Kulturgutverluste in Zukunft zu vermeiden. In einigen Bundesländern geschieht das bereits, z.B. unter dem Dach einer Stiftung (Rheinisches Archiv für Künstlernachlässe in Bonn, Künstlernachlässe Mannheim) oder eines Vereines (Forum für Künstlernachlässe).

Mercosur-Abkommen stoppen - [Drucksache 7/5941](#)

Seit mehr als 20 Jahren wird zwischen der EU und den Mercosur-Staaten ein Freihandelsabkommen verhandelt. Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Rahmen der Agrarministerkonferenz gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass dieses Abkommen so nie kommt. Dieses Abkommen widerspricht allen Grundprinzipien des Europäischen Green Deals und wurde deshalb auch vom EU-Parlament abgelehnt.

Zudem fordern wir die Landesregierung auf, regionale Erzeugung und Wertschöpfungsketten für Lebensmittel verstärkt zu fördern und sich im Rahmen der AMK für die Einführung einer Weidetierprämie einzusetzen.

Mehr Transparenz in der Politik - [Drucksache 7/5970](#)

Nicht zuletzt die aktuellen Affären um die Vermittlung von FFP2-Masken gegen hohe Provisionen durch Abgeordnete der Union verdeutlichen, dass mehr Transparenz in allen wesentlichen politischen Prozessen notwendig ist, auch um verloren gegangenes Vertrauen in die Glaubwürdigkeit und Integrität der Politik zurückzugewinnen. Ein Beitrag ist die Einführung eines Lobbyregisters und die Offenlegungspflicht von Nebeneinkünften der Abgeordneten. Meine Fraktion setzt sich in beiden Fällen seit Jahren dafür ein. Nun nehmen wir einen erneuten Anlauf. Wir erwarten, dass SPD und CDU endlich ihren Widerstand aufgeben.

Novelle des Denkmalschutzgesetzes endlich angehen - [Drucksache 7/5939](#)

Bereits kurz nach Beginn der 7. Legislatur kündigten die Regierungskoalitionen an, das Denkmalschutzgesetz zu novellieren – so wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Bis heute ist nichts passiert. Die Erklärung der Bildungsministerin, dass die Pandemie eine Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes verhindert bzw. verzögert habe ist nicht akzeptabel, da die Ankündigung bereits vor fünf Jahren erfolgte. Die Vorlage des Arbeitsstandes ist daher das Mindeste, was das Parlament verlangen kann; die Abgeordneten haben ein Recht darauf zu erfahren, wohin die Landesregierung mit dem Denkmalschutz will und ob und

wie sie in Zukunft denkmalpflegerisch tätig wird. Das ist gerade vor dem Hintergrund der Finanzierung von Notsicherungsmaßnahmen, dem Einsatz von Mitteln aus dem Strategiefonds und einer gewissen Abhängigkeit von den Mitteln aus EU-Töpfen und damit EU-Förderperioden mehr als angezeigt.

Dringlichkeitsantrag: Schlussfolgerungen aus der Brandkatastrophe in der Schweinezuchtanlage Alt Tellin -Megaställe nicht mehr zulassen

– [Drucksache 7/6009](#)

Bei dem Brand der Schweinezuchtanlage in Alt Tellin am 30. März 2021 fanden mehr als 55.000 Sauen und Ferkel den Tod. Die Brandursachen dieser Katastrophe müssen sofort und umfassend aufgeklärt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Betriebserlaubnis der Schweinezuchtanlage in Alt Tellin widerrufen wird. Wir wollen, dass solche gewerblichen Tierhaltungsanlagen, bei denen es sich nicht um landwirtschaftliche Betriebe handelt, nicht mehr genehmigt werden können. Für bestehende Schweinezucht- und Mastanlagen müssen sofortige Brandschutzkontrollen und die Überprüfung der Brandschutzkonzepte erfolgen. Wir sehen das Land in der Pflicht, Vorgaben für besseren Brandschutz und wirksame Brandschutzkonzepte für Tierhaltungsanlagen, insbesondere in der Schweinezucht und -mast, zu entwickeln. Wir wollen ebenso eine Größenbegrenzung von Tierhaltungsanlagen auf Bundesebene erreichen.